

EU Bericht zum Georgien Krieg bestätigt vermittelnde Position Steinmeiers

Pressemitteilungen

AG Außenpolitik

Zum heute der EU vorgelegten Untersuchungsbericht der schweizerischen Diplomatin Heidi Tagliavini über den Georgienkrieg erklärt der außenpolitische Sprecher der SPD- Bundestagsfraktion Gert Weisskirchen:

Die SPD- Bundestagsfraktion begrüßt es, dass mit dem EU- Bericht nun eine objektive Bewertung der Entstehung des Georgienkriegs vom August 2008 vorliegt. Dieser bestätigt nachträglich die vermittelnde Position, die der deutsche Außenminister Steinmeier eingenommen und innerhalb der EU durchgesetzt hat.

Er hat eine einseitige Solidarisierung mit dem georgischen Präsidenten Saakischwili verhindert, zu der eine Reihe osteuropäischer Partner und auch Unionsabgeordnete im Bundestag neigten. Zugleich übte er Kritik am unverhältnismäßigen Vorgehen der russischen Truppen und der Verletzung von Völkerrecht durch die Besetzung georgischen Kernlandes und die Anerkennung Südossetiens und Abchasiens seitens Russlands. Diese abgewogene Haltung bildete die Grundlage für die erfolgreichen Vermittlungsbemühungen des französischen EU- Präsidenten Sarkozy.

Der Untersuchungsbericht stellt fest, dass dem Waffengang monatelange russische Provokationen voraus gingen, die die Lage in Abchasien und Südossetien destabilisierten. Dazu gehörten die Verteilung von russischen

Pässen und Scharmützel an den Grenzen. Der deutsche Außenminister hatte die angespannte Lage rechtzeitig erkannt und Vorschläge zur Lösung des Abchasienkonfliktes unterbreitet. Leider hatten seine Vermittlungsbemühungen im Juni 2008 keinen Erfolg.

Der Untersuchungsbericht fand keine Hinweise auf eine russische Invasion bevor der georgische Präsident in der Nacht zum 8. August den Befehl zum Angriff georgischer Truppen auf Südossetien gab. Dass der georgische Präsident sich binnen eines Jahres nicht zu dieser Verantwortung bekannt hat, stellt eine Belastung für das Vertrauensverhältnis zu den Partnern in der EU und NATO dar.

Für die Zukunft ist wichtig, dass die EU- Beobachtermission Zugang zu allen Teilen Georgiens erhält, einschließlich Südossetien und Abchasien, um zu einer Entspannung der Situation beizutragen. Zugleich müssen die Vermittlungsbemühungen der OSZE und die Genfer Gespräche fortgesetzt werden, um zu einer dauerhaften Lösung der Konflikte in Georgien zu gelangen. Die Vorschläge von Außenminister Steinmeier aus dem letzten Jahr können dabei als Ausgangspunkt dienen.

Veröffentlicht am 30.09.2009